

Gesellschaft

„Verstrahlt im Dienst der Republik“

Die Opfer der französischen Atomtests kämpfen um Entschädigung

SUZANNE KRAUSE*

Am 13. Februar 1960 führte Frankreich mit Erfolg seinen ersten Nuklearwaffenversuch durch, in der damaligen Kolonie Algerien. Förderhin gehörte Paris zum kleinen elitären Kreis der Atommächte: Gelegenheit, die Schmach der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg zu vergessen. *Gerard Dellac* hat diesen historischen Augenblick aus nächster Nähe miterlebt: „Als die erste Atombombe gezündet wurde, mussten wir uns in der Wüste in den Sand setzen, den Rücken zur Bombe“, erinnert sich der Mittsechziger, als sei es gestern gewesen. „Als der Atomblitz vorbei war, sollten wir wieder aufstehen und uns den Atompilz ansehen. Aber man hatte die Schockwelle nicht berücksichtigt. Als die Schockwelle kam, wurden viele Männer umgeworfen und sie wussten nicht einmal, was da passiert war. Damals trugen wir weiße Schutzanzüge aus leichtem Segeltuch, Handschuhe und Gasmasken, die noch aus den Beständen vom Zweiten Weltkrieg stammten.“

Gerard Dellac war damals gerade 20 und als Wehrpflichtiger auf der Atomtestbasis in Reggane stationiert, mitten in der algerischen Sahara. Zwei, drei Tage nach der Explosion der Atombombe kam ein Vorgesetzter zu ihm und befahl, einen Offizier mitten

in den Bombenkrater zu fahren. „Er war im Indochina-Krieg gewesen und hatte es dort nicht geschafft, die französische Fahne aufzustellen. Das holte er nun am Ort der ersten französischen Atombombe nach“, berichtet *Dellac*. Doch als die beiden dabei waren, die Fahne aufzupflanzen, drehte ein Helikopter über ihnen eine Runde und per Lautsprecher wurden sie aufgefordert, sofort den Ort zu verlassen, denn sie befanden sich in einer verstrahlten Zone. Bei der Rückkehr gings zur Dekontaminierung: „Ich musste immer wieder unter die Dusche, und jedesmal schlug der Geigerzähler wild aus. Man fand Radioaktivität in meinen Haaren. 24 Stunden blieb ich in der Dekontaminierung, alle zwei Stunden musste ich duschen und irgendwann hatte ich die Nase voll. Da haben sie mich endlich wieder gehen lassen. Aber wieviel Radioaktivität ich abbekommen hatte, hat man mir nie mitgeteilt.“ Eine medizinische Nachbetreuung wird dem Wehrpflichtigen nie zuteil. Nach einem Jahr Dienst in der Sahara kehrt *Gerard Dellac* nach Frankreich und ins zivile Leben zurück, stolz, am Atom-Abenteuer teilgenommen zu haben. Heute allerdings sieht er das anders: „Meine Gesundheitsprobleme haben Ende 1991 angefangen“, resümiert *Gerard Dellac*. Zuerst wurde ihm das lin-

* *Suzanne Krause*, Paris-Info, lebt als freie Journalistin in der Nähe von Paris.

ke Ohr abgeschnitten, auf dem ist er nun taub. Und danach trat ein Hautkrebs im Gesicht auf, alle drei Monate muss er deswegen ins Krankenhaus: „Mein Arzt hat mir neulich gesagt, dass ich mittlerweile 32 Mal mit Karbonschnee verätzt wurde und schon zwölf Mal an den Lymphknoten operiert wurde“, berichtet er resigniert. Hinter all dem steckt der Hautkrebs, erläutert der Schwerkranke: „Und ich habe schon viermal gegen die Armee geklagt, um das als berufsbedingte Krankheit anerkannt zu bekommen. Doch die Prozesse wurden immer abgeschmettert: Es heißt, der Hautkrebs habe nichts zu tun mit meinem Dienst auf der Atomtestbasis.“

Verstrahlt im Dienst? Das kann nicht sein, antwortet die Armeebehörde. Bis heute äußert das Verteidigungsministerium, es habe nur einen größeren Unfall in der algerischen Sahara gegeben: Als 1962 bei einem unterirdischen Test, in einem Gebirgsmassiv, eine radioaktive Wolke austritt und quer durch die Wüste zieht. Ein Trupp Soldaten irrt stundenlang durch kontaminiertes Gelände, die Wolke zieht hinweg über das Experimentierzentrum, in dem auch Verteidigungsminister Messmer weilte. Der rühmte sich im vergangenen Dezember in einer Dokumentation von France 3 zu den Atomtestfolgen, damals wohl von allen Beteiligten die höchste Strahlendosis abbekommen zu haben, ohne Auswirkungen auf seine Gesundheit. Dellac war zum Zeitpunkt des Unfalls schon längst nicht mehr in der Sahara. Dennoch kennt der ehemalige Wehrpflichtige inzwischen viele Schicksalsgenossen. Denn Frankreich zündete testweise seine Nuklearwaffen während eines Zeitraums von 36 Jahren. Insgesamt 210 Bomben, darunter 50 in der Atmosphäre; im Dienste der Bombe arbeiteten 150 000 Personen. Als Algerien seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, beschlagnahmte die französische Regierung 1966 die zwei abgelegenen Atolle Mururoa und Fangataufa in ihrem Überseegebiet Polynesien im Südpazifik für das neue Experimentierzentrum.

Mururoa: Verstrahlt beim Traumjob

Als Florence Bourel 1982 ihren neuen Arbeitsplatz in Mururoa antat, als Sekretärin bei der Militärabteilung des staatlichen Kommissariats für Atomenergie, dem CEA, meinte sie, einen Traumjob ergattert zu haben: Inmitten der exotischen Südsee verdiente die damals 22-Jährige dreimal mehr als in der Heimat. Während ihrer sechseinhalb Monate Dienst im atomaren Experimentierzentrum bekam sie nie einen Bombenversuch mit. „Als ich aus Mururoa heimkehrte, ging plötzlich mein Blutdruck hoch, viel zu hoch für mein jungendliches Alter“, erzählt Florence Bourel. Seit 1983 müsse sie deswegen regelmäßig Medikamente einnehmen. „Ich habe mehrere Fehlgeburten hinter mir und war eine Zeitlang steril“, führt Bourel fort: „Meine älteste Tochter, die zwei Jahre nach meiner Heimkehr aus Mururoa zur Welt kam, ist gesundheitlich geschädigt. Und seit 2002 leide ich an Schilddrüsenkrebs.“

Lange Jahre dachte Florence Bourel, sie leide einfach nur an einer labilen Gesundheit. Erst als der Krebs ausbrach, begannen sie und ihre Freunde sich zu fragen, ob es nicht einen Zusammenhang gebe zwischen ihrer umfangreichen Krankengeschichte und ihrem früheren Arbeitsplatz. Mittlerweile ist die Mittvierzigerin davon überzeugt, sich bei einer der beliebtesten Freizeitaktivitäten radioaktiv verseucht zu haben: beim Baden in der Lagune von Mururoa, dort, wo im Felsgestein die Bomben gezündet wurden. Dabei habe sie die Empfehlungen, die man den in der Atombasis Stationierten gab, immer strikt befolgt. Man durfte keinen Fisch aus der Lagune essen und keine Kokosnuss, die vom Baum gefallen war. Man sollte sich nach dem Baden nicht mit dem Handtuch abtrocknen. Und man sollte nach jedem Bad in der Lagune eine Dusche nehmen. Sie hatte volles Vertrauen in die Ingenieure vom staatlichen CEA, die ihr und ihresgleichen kategorisch erklärten, „dass es für das Personal auf der

Experimentierbasis kein Risiko gäbe, wenn man nur die ausgegebenen Empfehlungen beachte – warum sollte man da also misstrauisch sein?“, stellt die Atomtestveteranin die rhetorische Frage. „Meine alten Bekannten vom CEA können überhaupt nicht verstehen, warum ich mich nun gegen meinen früheren Arbeitgeber wende. Laut ihnen ist es ausgeschlossen, dass ich auf Mururoa hätte verstrahlt werden können.“

Keine Radioaktivität nachweisbar?

Eine Meinung, die auch Christian Bataille vertritt. Der sozialistische Abgeordnete hat 1997 mit einem Kollegen einen parlamentarischen Bericht zu den Auswirkungen der französischen Atomtests auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt erstellt. Wohl eine Antwort auf die virulente weltweite Kritik, die Staatspräsident Chirac, kaum im Amt, 1995 mit der Entscheidung auslöste, die von seinem Vorgänger Mitterrand jahrelang eingefrorenen Atomtests erneut aufnehmen zu lassen. „Ich war selbst in Mururoa und konnte in der Lagune ein Bad nehmen, so wie es alle Prominenten tun, die dorthin kommen“, referiert Bataille die Ergebnisse seiner Studie. Laut Bataille sei heute weder in der Luft noch am Boden überhöhte Radioaktivität nachweisbar. Und im Felsgestein des Atolls, dort, wo die unterirdischen Bombentests stattfanden, sei eine Art Endlager für Atom Müll entstanden: „Das Gestein rund um die Bombenschächte hat bei den Explosionen die Radioaktivität auf alle Ewigkeit in sich eingeschmolzen“, versichert der Abgeordnete. Christian Bataille gibt an, auch die gesundheitlichen Folgen der Atomtests untersucht zu haben. Dafür traf er Mitglieder eines Vereins auf der Hauptinsel Tahiti: „Der Verein klagt über die angebliche Verstrahlung ehemaliger polynesischer Arbeiter bei den Atomtests. In Wirklichkeit hat man niemals nachweisen können, dass Arbeiter bei den Atomversuchen oder beim Handhaben von atomarem

Material verstrahlt worden sind“, erklärt der Berichterstatter kategorisch. Dennoch habe er vorgeschlagen, eine zusätzliche epidemiologische Studie durchführen zu lassen.

Kürzlich hat sich die Nichtregierungsorganisation „Médecins du Monde“ des Themas angenommen. Und zwar auf Bitten des Vereins, dessen Vertreter auch schon bei Bataille vorstellig waren. „Moruroa etatou“, zu deutsch: „Mururoa und wir“, nennt sich der Zusammenschluss ehemaliger polynesischer Atomtest-Arbeiter. 5 300 Polynesier waren insgesamt beim Experimentierzentrum auf Mururoa tätig, 3 500 Mitglieder zählt der Verein, gegründet Mitte der 1990er Jahre. Moruroa etatou bringt ans Licht, was bisher verschwiegen wurde, berichtet Michel Brugière, Generalsekretär der Médecins du Monde: „Es ist sicher, dass dort Leute verstrahlt wurden.“ Viele der früheren polynesischen Arbeiter würden erzählen, was immer wieder passierte: An einem Tag waren sie an einem Ort im Einsatz und am Folgetag wurde ihnen der Zugang dort verboten. Und sie sahen dort Leute in atomarer Schutzkleidung am Werk. „Das konnten sie nicht verstehen“, erläutert der Arzt, „aber sie haben trotzdem verstanden, dass da was passiert war und dass man sie nicht aufklärte.“

Eine Beobachtung, die auch bei vielen früheren Soldaten der Atomtestbasen immer wieder anklingt: Schutzkleidung bekamen die, bei denen man davon ausging, dass sie mit radioaktiver Strahlung in direkten Kontakt kommen würden. Und laut den Vorstellungen der Militärabteilung beim staatlichen Kommissariat für Atomenergie, dem CEA, war das ein sehr beschränkter Personenkreis. Médecins du Monde hat zwischen November 2003 und März 2004 in der Hauptstadt Papeete 900 der ehemaligen Atomtest-Arbeiter auf Herz und Nieren und eventuelle Strahlenschäden gecheckt. Alle klagten über gesundheitliche Probleme. „Bei 40 Patienten sind wir sicher, dass sie, wären sie amerikanische Staatsbürger, sofort als Opfer von ra-

dioaktiven Strahlenschäden anerkannt würden“, versichert Brugière.

Denn sie leiden alle an Pathologien wie Leukämie, Krebsgeschwüren an Lymphdrüsen, Lunge, Magen, Bauchspeicheldrüse oder auch Schilddrüse. Krankheiten, die auf einer amerikanischen Liste von insgesamt 23 strahlenbedingten Pathologien stehen. Diese Referenzliste ist Bestandteil eines Gesetzes für Atomtest-Opfer, das die USA 1988 eingeführt haben. „Das Gesetz basiert keineswegs auf einem wissenschaftlichen Ansatz, sondern auf einem, würde ich sagen, moralischen Ansatz,“ fasst Brugière zusammen. Ge-regelt werde hier, dass jeder, der sich während eines Atomtests auf einer amerikanischen Experimentierbasis befand und der im Anschluss eine der 23 aufgelisteten Krankheiten entwickelt, als Opfer einer berufsbedingten Krankheit anerkannt wird und Anspruch auf entsprechende Entschädigungen hat. Brugière hebt eine weitere Regelung in diesem Text hervor: Das Opfer erhält medizinische Überwachung, ebenso wie seine Nachkommen. „Denn niemand weiß ja, wie es in zehn, 20 oder 30 Jahren um die Gesundheit der Kinder und Enkel bestellt ist“, erinnert er.

Zwar garantiert in Frankreich, im Gegen-satz zu den USA, das großzügige System der Sécurité sociale jedem Kranken Zugang zu medizinischer Versorgung. So können sich auch Krebspatienten aus dem Übersee-Terrotorium in Pariser Spezialkliniken behandeln lassen. Doch eine gesetzliche Regelung für die Opfer der Atomtests hat die Pariser Regierung bislang verweigert, berichtet Marie-Hélène Aubert. Die grüne Politikerin und ihre sozialistische Kollegin Michèle Rivasí haben Ende der 1990er Jahre in der Nationalver-sammlung ein Kolloquium zum Thema Fol-gen der Atomtests veranstaltet – erstmals konnten die, die bei den Nuklearversuchen mitgearbeitet hatten, vor Politikern und der Presse ihre Leidensgeschichten schildern. Aubert und Rivasí, beide erklärte Atomgegnerinnen, versuchten im Anschluss, ein Geset-

zesprojekt einzubringen: „Zum einen woll-ten wir eine Untersuchung, eine medizini-sche Überwachung all derer, die während der Atomtests eventuell radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren. Und dann, dass es eine Entschädigung geben solle für die Opfer“, bilanziert die Politikerin. Der Text landete je-doch in der Schublade. Aubert erinnert daran: Die Verteidigungspolitik – und vor allem die Nuklearmacht – sind in Frankreich absolute Chefsache. Die alleine der Staatspräsident entscheidet. Über Atomthemen erstmals mit-entscheiden konnten die Abgeordneten und Senatoren 1989, beim Gesetz zum Atommüll, nach seinem Autor Loi Bataille benannt. Und die atomare Verteidigungsstrategie steht bis heute nicht zur Diskussion.

Im September 1966, zwei Monate nach dem ersten dortigen Atombombentest, dankte General de Gaulle bei einem Besuch in Polyne-sien der Bevölkerung für den „Dienst, die sie Frankreich erweise“ mit der Überlassung der beiden Atolle Mururoa und Fangataufa für die Atomwaffenversuche. Und verkündete: „Ihre Zukunft, die kann wunderbar sein.“ Im Abkommen zur Überlassung steht, dass die beiden Atolle nach Ende der Tests der polyne-sischen Territorialregierung im aktuellen Zu-stand zurückgegeben werden sollten, ohne jegliche Entschädigung. Eine Kolonialher-renhaltung, die mittlerweile dann doch über-holt scheint. Als Chirac 1996 bestimmte, dass die Nuklearwaffenversuche nun nur noch im Computer simuliert werden, erhielt Polyne-sien im Gegenzug eine finanzielle Entschädi-gung in Höhe der bisherigen Gelder für die Atomtests. Jährlich knapp 150 Millionen Euro, befristet auf zehn Jahre. Ebenso lang soll das französische Militär die beiden Atolls ab-sichern. Einige Jahre später wurde die auf ein Jahrzehnt befristete Hilfe in eine Dauerein-richtung umgewandelt. Genau wie die mili-tärische Sicherung und die wissenschaftliche Überwachung der Testorte, ganz nach den Empfehlungen von Christian Bataille: „Es wäre wohl scheinheilig zu sagen, wir geben die

Atolle in ihrem aktuellen Zustand an die Polynesier zurück“, erläuterte der sozialistische Politiker. Zwar lasse sich derzeit keine radioaktive Verstrahlung dort nachweisen, „aber meiner Meinung nach muss die französische Regierung davon ausgehen, für alle Zeit Verantwortung zu tragen für die Atomtests, die sie dort durchführen ließ. Denn es lässt sich keine Garantie darüber abgeben, dass nicht vielleicht in 50 oder 100 Jahren Radioaktivität aus den Atollfelsen entweicht oder Spätfolgen der Atomtests sichtbar werden.“

Im Sommer 2003, nach einem dreitägigen Besuch in Polynesien, bei dem er auf Schritt und Tritt auf demonstrierende Arbeiter des ehemaligen Atomtestzentrums traf, initiierte Staatspräsident Jacques Chirac den Aufbau einer interministeriellen Schaltstelle zwischen den Ministerien für Gesundheit und für Verteidigung. Dieses „Verbindungskomitee für die Koordinierung der gesundheitlichen Überwachung der Atomtests“ untersteht Marcel Jurien de la Gravière, Strahlenschutzbeauftragter für den militärischen Sektor des CEA. Seit Januar 2004 ist das Verbindungskomitee nun tätig: „Eine Arbeitsgruppe erstellt eine Liste der Krankheiten, die strahlenbedingt sein können, ausgelöst von den Atomtests und von nichts anderem“, erläutert Jurien de la Gravière. Zwecks größtmöglicher Neutralität sei man bei der Besetzung dieser Arbeitsgruppe völlig neue Wege gegangen und habe unabhängige Experten berufen. Die zweite Arbeitsgruppe soll all die Akten betreffs der Strahlenuntersuchungen des Atomtestbasenpersonals, die entweder beim Verteidigungsministerium oder beim CEA gelagert sind, im Computer verarbeiten: „Uns geht es darum, eine so genannte Kohorte zu erstellen, also die Gruppe der Personen zu bestimmen, die bei ihrer Arbeit auf den Atomtestbasen einem Angriff von Radioaktivität ausgesetzt hätten sein können“, berichtet Marcel Jurien de la Gravière. „Das ermöglicht uns zu sagen: Ja, diese Person muss genauer untersucht werden und wir müssen heraus-

finden, ob die Krankheiten, an denen sie leidet, wirklich von der Radioaktivität bei den Atomwaffenversuchen stammen.“

Chance auf Anerkennung von Strahlenschäden

150 000 Personen waren insgesamt in den beiden atomaren Experimentierzentren tätig. Wieviele mittlerweile schon verstorben sind, vielleicht auch an den Folgen eventueller Strahlenschäden – darüber liegen keine Zahlen vor. Bekannt ist hingegen, dass mindestens 350 Witwen dafür kämpfen, dass ihre Männer posthum als Atomtestopfer anerkannt werden. Bis Ende 2005 könnten die beiden Arbeitsgruppen des Verbindungskomitees einen Empfehlungskatalog für die Regierung ausgearbeitet haben, kündigt Jurien de la Gravière an: „Im Vordergrund steht dabei die Anerkennung eventueller Strahlenschäden.“ Vom Ergebnis der Arbeiten, die die Kohorte der betroffenen Personen erstellen sollte, hänge ab, wie weit man mit der Anerkennung gehen soll. Zur Diskussion steht auch noch die Form: eine simple Entschädigung im Einzelfall, der Aufbau eines Fonds, genau wie gerade erfolgt für die Asbest-Opfer? Die Anerkennung könne noch weiter gehen, überlegt der Verantwortliche des interministeriellen Komitees: „bis hin zur posthumen Anerkennung mit dem ehrenreichen Titel ‘für Frankreich gestorben’, so wie es manche verlangen?“

Gerard Dellac, der beim ersten Atomwaffen-Test in der algerischen Sahara die Messgeräte rund um den kontaminierten Bombenkrater einsammelte, hofft auf eine Pension von der Armee. Doch mit dem Verbindungskomitee hat er noch keinen Kontakt gehabt. Dafür hat sich der Krebskranke mit Schicksalsgenossen zusammen geschlossen: im Jahr 2001 gründet sich in Lyon der Verein Aven – „Association des veterans des essais nucléaires“. Zu verdanken ist das Bruno Barrillot, der seit langen Jahren Lobbyarbeit für die

Opfer der Atomtests macht, gegen die Atomwaffen. Barrillot kämpft gegen den Schleier des militärischen Geheimnisses, der heute noch die Atomtests umgibt. Ende 2003 hat er in einem Band mit dem provokanten Titel „Die Verstrahlten der Republik“ Zeugenaussagen veröffentlicht, die vom großen Leid ehemaliger Atomtestarbeiter berichten. Und mit AVEN, dem mittlerweile 2 500 Mitglieder angehören, im Schulterschluss mit der Organisation Mururoaetatou im Herbst 2004 eine Petitionskampagne für die Atomtestopfer gestartet, betitelt: „Justice et vérité“.

Unverantwortliches Vorgehen

Florence Bourrel, Gerard Dellac und zwölf weitere Atomtestveteranen haben mittlerweile eine Klage gegen Unbekannt eingereicht, im September 2004 zwei Ermittlungsrichterinnen in Paris daraufhin ein Verfahren eröffnet, mit ersten Anhörungen ehemaliger Mitarbeiter der nuklearen Experimentierbasen Mitte Januar 2005. Vertreten werden die Kläger von dem Anwalt Jean-Paul Teissonnière. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich heute schon die Akten von 150 weiteren Klienten und wöchentlich kommen neue Anfragen, sagt Teissonnière: „Unser Ziel ist es nun nicht, eine wahre Klagewelle loszutreten. Hingegen wollen wir alle Perioden der Atomwaffentests abdecken, den gesamten Zeitraum von 1960 mit den ersten Experimenten in der algerischen Sahara bis zum letzten Bombenversuch 1996 in Polynesien.“ Die Anwaltskanzlei und ihre Klienten wollen herausbekommen, was alles genau passierte während der 36 Jahre Atomtests. Um dann zu schauen, ob bei den Atomversuchen Fehler begangen wurden, unvorsichtige Handlungen, Nachlässigkeiten, die sich strafrechtlich verfolgen lassen. „Für die die Verantwortlichen, die Behörden, ob aus dem zivilen oder dem militärischen Bereich, vor Gericht gestellt werden können“, erläutert der Anwalt sein Ziel. Und die beiden Vereine der Atomtestveteranen sorgen im ver-

gangenen Juni für viel Wirbel: mit der Veröffentlichung geheimer Berichte aus dem Jahr 1966 über den wahren Umfang des radioaktiven „fallouts“ bei den ersten Atomversuche in Polynesien. Festgehalten wird da auch die strikte Anweisung, eine Evakuierung der Bevölkerung im Umfeld käme aus „politischen und psychologischen Gründen nicht infrage.“ Der Verein Mururoaetatou, die Bürgermeisterin und die Bevölkerung der Gambier-Inseln verlangen nun offiziell Aufklärung vom Verteidigungsministerium in Paris. Doch hier heißt es lapidar: Die damals gültigen Sicherheitsvorschriften seien strikt eingehalten worden.

Wasser auf die Mühlen der Atomtestveteranen liefert da ausgerechnet Pierre Messmer, unter *de Gaulle* als Verteidigungsminister zuständig für die ersten Jahre der Atomtests. In der Dokumentation zu den Atomtestfolgen von France 3 im letzten Dezember gesteht er ein, er habe Anfang der 1960er Jahre den Staatspräsidenten gebeten, das CEA wegen unverantwortlicher Vorgehensweisen beim Schutz des Personals aufzulösen. Doch nach einer Bedenkfrist habe *de Gaulle* das abgeschmettert: Das Kommissariat für Atomenergie würde noch gebraucht, um die französische Atombombe einsatzfähig zu machen.

Gerard Dellac, dem anzusehen ist, dass er sein ganzes Leben lang eine bescheidene Existenz führte, formuliert illusionslos: „Ich will, genau wie alle meine Kameraden, dass die Armee ihre Schuld eingesteht, dass fahrlässig gehandelt wurde.“ Es gebe immer Verluste in der Armee, führt er fort: „Bei der französischen Armee liegt das, glaube ich, bei zehn Prozent. Das war den Armeeverantwortlichen völlig egal.“ Und Florence Bourrel schlägt für das CEA in dieselbe Kerbe: „Ich will, dass sie eingestehen, dass sie uns als Versuchskaninchen benutzt haben. Dass sie eingestehen, dass sie Bescheid wussten über die radioaktiven Gefahren. (...) Es wäre gut, wenn sie endlich eingestehen würden, dass sie Fehler gemacht haben.“